Frau Bergmann-Gries stellte die seitens der Verwaltung vorgelegte Sitzungsvorlage unter Hinweis auf die in der Arbeitsgruppe "Baumaßnahmen an Schulen", welche vor der Sitzung des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung tagte, diskutierten Inhalte kurz vor.

Sodann trug Herr Kammel die entsprechenden Abänderungen bzw. Konkretisierungen der Beschlussempfehlung vor, welche Arbeitsergebnisse der Diskussion aus der in der zuvor genannten Arbeitsgruppe seien. Über diese Änderungen konnte bei den Mitgliedern aller Fraktionen Einvernehmen erzielt werden.

Die Sprecher der Fraktionen dankten der Verwaltung für die Vorlage und die damit verbundene zeitnahe Betrachtung der am Schulzentrum Menden notwendig anstehenden Maßnahmen. Die nunmehr zu beschließende abgeänderte Beschlussempfehlung sei, perspektivisch betrachtet, nur eine Konkretisierung der am Schulzentrum Menden zu betrachtenden Möglichkeiten – sowohl in zeitlicher Hinsicht, als auch im Hinblick auf die Umsetzungsmöglichkeiten unter Betrachtung der finanziellen Möglichkeiten der Stadt Sankt Augustin.

Sodann gab die Vorsitzende nachfolgenden, einvernehmlich abgeänderten, Beschlussvorschlag zur Abstimmung:

"Der Ausschuss für Schule, Bildung und Weiterbildung empfiehlt dem Rat der Stadt Sankt Augustin folgenden Beschluss zu fassen:

- 1. Für die Gesamtschule der Stadt Sankt Augustin wird die städtebauliche Variante 2 zur Entwicklung des Schulzentrums Menden umgesetzt.
- 2. Der Rat der Stadt Sankt Augustin stellt die zusätzlichen finanziellen Mittel zur Umsetzung dieser Variante in folgender Höhe im Haushalt bereit:

investiv: 1.231.000,- € konsumtiv: 2.501.000,- €

- 3. Die durchgängige Barrierefreiheit, ein besseres Raumangebot für das Kollegium, die Nutzung des Kellerraumes als Kleinkunstbühne, die Zahl der Differenzierungsräume und weitere Anregungen der Gesamtschule sind zu prüfen, mit dem Ziel, diese zu realisieren.
- 4. Der Gebäude- und Bewirtschaftungsausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung sowie die unter Ziffer1 bis 3 aufgeführten Empfehlungen des Ausschusses für Schule, Bildung und Weiterbildung zur Kenntnis."